

# Newsletter aus Berlin

Newsletter April 2017

Norbert Brackmann informiert

*Liebe Freunde,*

ich hoffe, Sie haben alle erholsame und sonnige Osterfeiertage im Kreise Ihrer Liebsten verbracht. Auch ich habe die Feiertage mit meiner Familie genutzt, neue Kraft für die kommende aufregende Zeit zu schöpfen und melde mich nun zurück mit einem Kurzbericht aus Berlin.

## Besuch des Bundesministers de Maizière



Quelle: M. Mattheißen

Am 20. April 2017 war der Bundesinnenminister Thomas de Maizière zu einem Diskussionsabend in Schwarzenbek zum Thema:

## "Sicher leben in Deutschland und Schleswig-Holstein"

eingeladen.

In Anwesenheit von rund 100 interessierten Gästen hat der Bundesminister unter anderem zu organisierter Kriminalität und ihrer Bekämpfung und zur Linie der Bundesregierung zum Anti-Terrorkampf Rede und Antwort gestanden.

## Autobahngesellschaft nimmt Gestalt an

Seit Wochen verhandle ich für die Union das Gesetzespaket zur Neuorganisation der Autobahnverwaltung. Mit der SPD habe ich mich nun weitestgehend geeinigt und in wichtigen Punkten durchgesetzt. Das Ziel ist es, mit der Autobahngesellschaft effiziente und einheitliche Strukturen zu schaffen, künftige Autobahnen nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen zu bauen ohne die bestehenden Reibungsverluste zwischen Bundes- und Länderebene.

Hierfür habe ich durchgesetzt, dass sich die Autobahngesellschaft nach einem einheitlichen Organisationsprinzip zu gründen hat, die in Schleswig-Holstein wie in Bayern nach denselben Bedingungen und Standards die Autobahnen plant, baut und unterhält. Denn letztendlich lassen sich im Norden wie im Süden des Landes nur so gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen. Für uns in Schleswig-Holstein bedeutet dies, dass die Planungen und der Bau der A 21 bis Schwarzenbek oder die A20 nicht länger stiefmütterlich behandelt, sondern in den nächsten Jahren konsequent vorangetrieben werden. Das Verhandlungsergebnis werde ich der Fraktion Mitte Mai präsentieren. Dann entscheiden wir im Parlament über die von mir vorgetragenen Gesetzesänderungen.

## Stipendiatin des IPS zu Gast im Bundestag

Auch in diesem Jahr startete wieder das Internationale Parlamentsstipendium des Bundestages (IPS).

Frau Sabina Farzaliyeva aus Aserbaidschan, 26 Jahre alt, begleitet in diesem Jahr meine politische Arbeit in meinem Bundestagsbüro. Sie ist Volljuristin und hat an der Juristischen Fakultät der Staatlichen Universität Baku studiert. Frau Farzaliyeva erklärt: „Die EU und Deutschland, insbesondere die Funktionsweise der deutschen Institutionen

haben mich schon während meines juristischen Grundstudiums beschäftigt. Besonders spannend ist der Zeitpunkt meines Praktikums, da zwei Wahlen vor der Tür stehen: die Landtagswahl in Schleswig-Holstein im Mai und die Bundestagswahl im September. Auch freue ich mich, während der Reise in den Wahlkreis Herzogtum Lauenburg die Themen und Anliegen der Bürger vor Ort näher kennenzulernen“.



Quelle: Bundestagsbüro NB

### Verheerende Kriminalstatistik für den Norden

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache und zeigen einmal mehr die katastrophale Bilanz des Innenministers Schleswig-Holsteins. Die am Montag von Bundesinnenminister Thomas de Maizière veröffentlichte polizeiliche Kriminalstatistik zeigt die Entwicklung der erfassten Wohnungseinbrüche in Deutschland. Festzuhalten ist, dass die Zahl der Wohnungseinbrüche 2016 bundesweit zwar um 9,5 % gesunken und die Aufklärungsquote von 15,2 sogar auf 16,9 % gestiegen ist, Schleswig-Holstein aber im Bundesvergleich weiterhin dramatische Zahlen aufweist. So wurden im vergangenen Jahr rund 270 Wohnungseinbrüche pro 100 000 Einwohner erfasst, von denen lediglich

11,2 % aufgeklärt werden konnten. Damit ist Schleswig-Holstein neben Nordrhein-Westfalen das Flächenland, in dem am häufigsten eingebrochen wird. In Bayern kommen zum Beispiel auf 100 000 Einwohner lediglich 58 Einbrüche, von denen insgesamt knapp 19 % aufgeklärt werden konnten. Die Menschen in Schleswig-Holstein werden also mehr als fünfmal so oft Opfer eines Wohnungseinbruches als in Bayern Ansässige. Auffällig ist weiterhin, dass in den sechs Ländern mit den meisten Einbrüchen SPD-Innenminister in der Verantwortung sind und fünf von sechs Ländern mit den wenigsten Einbrüchen in Unionsverantwortung sind. Der Handlungsauftrag für die kommende Wahl wird somit deutlich: die innere Sicherheit im Norden gehört in CDU-Verantwortung!

		Erfasste WE	AQ		Erfasste WE	AQ
BaWü	2015	12.255	17,3%	2016	11.095	19,2%
Bayern		7.480	15,9%		7.470	18,9%
Berlin		11.815	8,5%		11.507	7,8%
Brandenburg		4.436	16,7%		4.180	19,7%
Bremen		3.544	6,2%		3.082	9,3%
Hamburg		9.006	8,7%		7.510	11,9%
Hessen		11.595	19,9%		10.405	19,6%
MV		1.521	31,8%		1.477	35,3%
Niedersachsen		16.575	22,2%		16.405	21,4%
NRW		63.362	13,8%		52.578	16,2%
Rheinland-Pfalz		7.125	15,3%		6.744	15,9%
Saarland		2.437	13,2%		1.947	16,6%
Sachsen		4.257	20,7%		4.684	19,7%
Sachsen-Anhalt		2.795	21,9%		3.061	?
Schleswig-Holstein		8.456	8,9%		7.711	11,2%
Thüringen		1.477	39,6%		1.409	40,6%

Quelle: Auswertung PKS durch Planungsgruppe CDU/CSU-Fraktion

### Kundgebung mit der Bundeskanzlerin in Mölln

Die CDU Lauenburg lädt heute Abend (28.04.17) zum Höhepunkt des Wahlkampfes in Schleswig-Holstein zu einer Kundgebung mit der Bundeskanzlerin und Bundesvorsitzenden Dr. Angela Merkel ein. Los geht es ab

**18 Uhr in Mölln, Mühlenplatz.**

Ich bin gespannt auf eine flammende und zukunftsweisende Rede der Kanzlerin mit Blick auf die Wahl am 7. Mai!

Ihr Norbert Brackmann